



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/70 - 27. März 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Neue Entwicklungen in Afrika 92
Beachtliche Erkenntnisse auf der Konferenz von Bangai

Von * * *

2a Die Glosse:

"Nee, nee - dat dat dat darf?!" 28

Hochdeutsch: "Nein, nein, - daß der (oder das) das darf?!"

Dr. Heinrich Deist in Funk und Fernsehen

3 - 4 Schulbesuch in der Bundesrepublik 58

Vom Elektronengehirn durchleuchtet

Erstaunliche Unterschiede der Bildungschancen

5 - 6 Das Gespensterspiel von Reschitza 72

Jagd nach Aragasflaschen in der Banater Bergbaustadt

Von Rudolf Hornig

* * * *

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Neue Entwicklungen in Afrika

Beachtliche Erkenntnisse auf der Konferenz von Bangui

Von * *

Bemerkenswert schnell haben zahlreiche afrikanische Staaten, besonders diejenigen, die früher zum französischen Kolonialreich gehörten, ihre zu Beginn der Souveränitätserlangung ohne Zweifel untereinander bestehenden Differenzen abgebaut. Die afrikanisch-madagassische Union (UAM), deren Vertreter am Anfang dieser Woche in Bangui tagten, diskutierte nicht nur das anzustrebende bessere Verhältnis zu den EWG-Staaten, sondern auch die Probleme der Vereinfachung innerafrikanischer Beziehungen. Die maßgebenden afrikanischen Staatsmänner haben erkannt, dass das Nebeneinander ihrer aussen- und wirtschaftspolitischen Beziehungen sehr kostspielig ist und oft genug die wünschenswerte Effektivität vermissen lässt. So wird man jetzt u.a. versuchen, mehrere ausländische Vertretungen der an der Konferenz von Bangui beteiligten Staaten zusammenzulegen. Im innerafrikanischen Raum soll eine kontinuierliche Abstimmung sowohl der wirtschaftlichen Vorhaben der einzelnen Staaten wie auch der Austausch bisher gemachter Erfahrungen, besonders auf dem Gebiet der Industrialisierung, eingeleitet werden.

Gesellschaftliche Strukturveränderungen

Ein sehr wichtiges Problem für die meisten unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten ist die beginnende gesellschaftliche Strukturveränderung, die im Zuge der Industrialisierung feststellbaren Stammes- und Völkerwanderungen sowie die damit zusammenhängenden Überlegungen, wie man das Entstehen grosser, ihrem Milieu enturzelter Bevölkerungsschichten vermeiden kann.

Mehr als bisher will man darauf achten, dass landwirtschaftliche Genossenschaften als wesentlicher Bestandteil des Wirtschaftsaufbaus anerkannt werden. Hierbei sollen die Erfahrungen der Israelis bei der Organisation ihrer Landwirtschaft (Kibuzzim) in noch grösserem Ausmass als bisher genutzt werden.

Einladungen ?

Ein weiteres Problem, das jetzt in vielen afrikanischen Staaten diskutiert wird, ist die Überlegung, ob das in den vergangenen zwei Jahren angewandte System der Einladung junger Afrikaner nach Europa oder nach den Vereinigten Staaten unbedingt der Weisheit letzter Schluss ist. Soweit es sich hierbei um die Vollendung oder Fortsetzung eines Studiums oder einer bereits in Afrika begonnenen handwerklichen Ausbildung handelt, werden solche Einladungen begrüsst. Anders ist das Urteil jedoch bezüglich oft sehr eilig zusammengestellter "Delegationen", die drei bis sechs Wochen in Europa oder in den Vereinigten Staaten herumreisen und dann mit einer Fülle von neuen Eindrücken in die Heimat zurückkehren, wo sie verhältnismässig wenig damit anzufangen wissen.

In zunehmendem Masse empfehlen die afrikanischen Regierungen neuerdings, derartigen Delegationseinladungen zunächst eine kurze und längere Ausbildungszeit in Afrika selbst vorausgehen zu lassen, um die persönliche

und fachliche Eignung eines zukünftigen Delegationsmitgliedes feststellen zu können. Auch bitten die afrikanischen Regierungen darum, dass die Auswahl der Einzuladenden in enger Zusammenarbeit mit verantwortlichen Stellen in Afrika und in den Einladungsländern erfolgen soll. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass häufig genug - leider! - gute persönliche Beziehungen oder irgendein Zufall für die Entsendung eines "Delegierter" entscheidend waren.

Mangel an Koordination

Die Gespräche am Rande der Konferenz von Bangui ergaben auch, dass die Koordination amerikanischer und europäischer Hilfs- oder Entwicklungsmaßnahmen für die jungen afrikanischen Staaten besonders in wirtschaftlicher Beziehung einiges zu wünschen übrig lässt. Lobend wurde dagegen die bereits erfolgte Koordination auf der Grundlage der UNC- und UNESCO-Organisationen hervorgehoben, wobei es sich allerdings in erster Linie um Erziehungs- und Bildungs-, sowie Hygienefragen handelt.

Private Interessen oder Gemeinschaftsaufgaben ?

Bei den wirtschaftlichen Problemen ist die Frage der p r i v a t e n Kapitalinvestitionen aktuell geworden. Hier hat sich herausgestellt, dass besonders die Vorstellungen in einigen europäischen Ländern kaum praktikabel sein dürften. Beim gegenwärtigen Stand der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklung ist in den meisten afrikanischen Staaten zu fast 90 Prozent der Staat selbst Verhandlungspartner. Durch einen zu starken Einfluss europäischer oder amerikanischer privater Kapitalinteressen befürchtet man, dass sich das private Gewinnstreben ungünstig auf die Bewältigung der grossen Gemeinschaftsaufgaben auswirken könnte. In dieser Beziehung wollen die afrikanischen Staaten, die eine engere Zusammenarbeit mit der EWG wünschen, in absehbarer Zeit konkrete Vorschläge ausarbeiten. Ziel dieser Vorschläge ist es, einerseits das Entstehen eines Neokolonialismus zu verhindern und gleichzeitig zu erreichen, dass im Namen einer liberalistischen Doktrin private Konkurrenzkämpfe auf dem Rücken der jungen afrikanischen Völker ausgefochten werden.

Beispiel Elfenbeinküste

Die Regierung der Elfenbeinküste hat jetzt ein System für die ausländischen Kapitalinvestitionen entwickelt, bei dem der Staat Elfenbeinküste über 51 Prozent des für irgendein aufzubauendes Unternehmen notwendigen Kapitals verfügt, während der ausländische Kapitalgeber nicht die Grenze von 49 Prozent überschreiten darf. Damit soll erreicht werden, dass einerseits das ausländische Kapital abgesichert, andererseits der Staat unmittelbar an der Entwicklung des Unternehmens und seiner Gewinne interessiert wird. Die Gewinne, die der Staat hierbei erzielt, sollen der Allgemeinheit durch die Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben zugute kommen.

* * *

Diese Vorgänge sind deswegen beachtlich, weil sie zeigen, dass die erste Zeit der überschäumenden Freude an der Erringung der Souveränität ihrem Ende entgegengeht und nunmehr eine Periode beginnt, in der unter Berücksichtigung der gesellschaftsstrukturellen Gegebenheiten der afrikanischen Staaten ein vernünftiger evolutionärer Weg zu einer neuen Entwicklung beschritten wird.

+ + +

Die Glosse:

"Nee, nee - dat dat dat darf?!"

Hochdeutsch: "Nein, nein, - dass der (oder das) das darf?!"

sp - Selbst harte politische Auseinandersetzungen haben mitunter ihre amüsante Seite. Da werden unfreiwillige Witze gemacht - mancher merkt sie noch nicht einmal - und gelegentlich wird ein Zipfelchen von jener berühmten Decke gehoben, unter der gewöhnlich ein ängstlich gehütetes Geheimnis des Denkens schlummert.

Noch ist der Ätherkrieg um Erhards Schockrede nicht beendet. Partner und Kontrahenten sagen sich mit geschliffenen Formulierungen, was sie zu sagen glauben müssen. Die Presse mischt mit, denn auch sie ist ja eine Grossmacht, die der demokratischen Meinungsbildung dient.

Aber wie besagte Grossmacht das mitunter tut, das Mitmischen, ist doch recht erbaulich. So brachte dieser Tage eine grosse "Zeitung für Deutschland" auf der ersten Seite folgende dreispaltige Überschrift:

"Deist darf Erhard in Fernsehen und Funk erwidern".

Das "darf" muss man geniessen wie einen besonders guten Tropfen. Es träufelt sich in die Seelen aufrechter Demokraten, es ölt und kittzeit zugleich - denn, Freunde, dieses "darf" offenbart das Erstaunen über eine Selbstverständlichkeit in der Demokratie.

Man höre und lese: Dieser Deist d a r f sogar! Er d a r f dem Herrn Minister erwidern und - noch einen Schluck, wohl bekomme's! - er d a r f womöglich sogar sagen, was der Herr Minister ganz offensichtlich zu sagen vergessen hat.

Nein, da war es doch früher anders. Nur e i n e r durfte reden, und w e n n er redete, gab es keine Erwiderung. Deshalb sei es registriert, dreispaltig und auf der ersten Seite. Der Deist d a r f wirklich erwidern.

* *
*

Im schönen Rheinland gibt es dafür eine Frage, die gleichzeitig der Ausruf des Erstaunens ist.

"Nee, nee - dat dat dat darf?!"

+ + +

Schulbesuch in der Bundesrepublik

Vom Elektronengehirn durchleuchtet

Erstaunliche Unterschiede der Bildungschancen

Bdt. - Information ist ein wesentlicher Bestandteil einer gut funktionierenden Demokratie. Das ist bekannt. Noch längst nicht gut genug aber weiß man, in wie hohem Maße die modernen Maschinen Informationen zu liefern imstande sind, die dann ganz entscheidend zur Einsicht in die wirklichen Verhältnisse und zur demokratischen Bewußtseinsbildung beitragen. Natürlich zieht zum Beispiel die elektronische Rechenmaschine nicht von sich aus Schlußfolgerungen, aber sie breitet vor denen, die politische, kulturpolitische und gesellschaftspolitische, sicherlich auch wirtschaftspolitische Konsequenzen zu ziehen haben, ein Material in einer Fülle und Genauigkeit aus, die früher unvorstellbar waren.

Soeben ist in der Bundesrepublik der erste Versuch einer Art Ökonometrie auf dem Gebiet des Bildungswesens unternommen worden, der höchst interessante Ergebnisse gezeitigt hat und wenn er auch nur bestätigte, was man schon ahnte, so ist doch nunmehr den Willen zur Modernisierung in unserem Schulwesen eine objektive Bestätigung zuteil geworden.

Berlin an der Spitze

Die Ford-Foundation hat deutschen Forschern den Erwerb einer Maschine ermöglicht, mit welcher der relative Schulbesuch in den Ländern der Bundesrepublik untersucht werden konnte. Die Untersuchung (Roderich von Carnap und Friedrich Edding: "Der relative Schulbesuch in den Ländern der Bundesrepublik 1952-1960". Zu beziehen durch die Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt/Main, Schloßstraße 29) ergab, daß die heranwachsende Bevölkerung der Bundesrepublik von Land zu Land erstaunlich verschiedene Chancen hat, sich in weiterführenden Schulen zu bilden.

- * In den Ländern Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz
- * und Saarland sind um 20 Prozent der 13-Jährigen in Höheren
- * Schulen und Mittelschulen.

- * in Schleswig-Holstein und Hessen aber um 30 Prozent und in
- * West-Berlin sogar um 40 Prozent.

- * Den Abschluß der Mittelschule oder der Untersekunda des Gymnasiums
- * erreichen in B a y e r n 12 Prozent eines Jahrgangs, in Schles-
- * wig-Holstein aber 24 Prozent.

- * Die Quote der Abiturienten (bezogen auf die 19-jährige Bevölke-
- * rung) beträgt in Rheinland-Pfalz 3,3 Prozent, im benachbarten
- * Hessen 6,4 Prozent, in Berlin 8,8 Prozent.

Bezeichnend für die Schulpolitik der Länder

Die Verfasser vergleichen diese und ähnliche Resultate ihrer Berechnungen mit den entsprechenden Feststellungen im westlichen Ausland und kommen zu dem Schluß, daß die Ursache für diese frappanten Unterschiede n i c h t in einer geographischen Verschiedenheit der natürlichen Begabung liegen kann. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Siedlungsdichte erklären den Befund nur zum Teil. Wahrscheinlich ist der eigentlich bestimmende Grund für diese Verschiedenheit in dem Willen zu suchen, von dem die Schulpolitik in den einzelnen Ländern getragen und erfüllt ist. Nachdem man sich bisher darüber gestritten hat, ob das demokratische Prinzip der gleichen Bildungschance in der Bundesrepublik für alle sozialen Schichten verwirklicht ist, kommt hier die Frage hinzu, ob der Wohnsitz in einem bestimmten Bundesland diese Gleichheit der Chancen gefährdet.

Die Verfasser haben durch ihre Berechnungen des relativen Schulbesuchs (Schüler als v.H. der Bevölkerung gleichen Alters) ein Erkenntnismittel zur Geltung gebracht, das viele interessante Einsichten eröffnet. Es verdient Beachtung, daß hier eine Entwicklung in Aussicht genommen wird, in der die jetzt in wenigen Bundesländern erreichten hohen Grade des Schulbesuchs Durchschnittswerte für das g a n z e Bundesgebiet werden.

+ + +

Das Gespensterspiel von Reschitza

Jagd nach Aragasflaschen in der Banater Bergbaustadt

Von Rudolf Hornig

Die alte deutsche Stadt Reschitza im Banater Gebirge ist der Mittelpunkt der Eisengewinnung im rumänischen Banat mit Erzbergwerken, Hochöfen, Gießerei, Walzwerk und Maschinenfabriken. Von den rund 22 000 Einwohnern sind auch heute noch die Hälfte Deutsche, so daß die Bukarester deutsche Tageszeitung "Neuer Weg" in Reschitza (neben Arad, Kronstadt, Hermannstadt, Temeswar u.a.) eine Zweigredaktion unterhält. In den letzten Jahren hat man in der Stadt eine Reihe von Neubauten mit modernen Wohnungen für die Arbeiter errichtet und dabei besonderen Wert auf moderne Küchen gelegt. Mit erstklassigen Gasherden. Nicht mit Gasleitung, sondern mit Gasversorgung aus Flaschen. Diese mit Erdgas gefüllten Aragasflaschen sind sehr preiswert und werden in ganz Rumänien vertrieben. In Reschitza ließen sich auch in anderen Häusern Hausfrauen von den Vorzügen der neuen Gasherde überzeugen und rangierten ihre alten Herde aus.

Schlangestehen mit Flaschenwächter

Das hätten sie nicht so eilig tun sollen. Denn im Ostblock wird zwar jeder Fortschritt großgeschrieben, aber man darf sich auf ihn nicht hundertprozentig verlassen. Die vielen neuen Gasherde in Reschitza machten es notwendig, daß eine Verteilungsstelle eingerichtet werden mußte, wo man die leeren Aragasflaschen gegen volle eintauschen konnte. Mit dieser Verteilungsstelle klappte es von Anfang an nicht, weil die Sendungen nicht regelmäßig eintrafen und die "Verteilung" nicht nach dem Grundsatz des Dienstes an Kunden gehandhabt wurde. Die Interessenten begannen sich schon in den Abendstunden anzustellen, mancher mußte tagelang (und nächtelang) warten, bis er zu einer vollen Flasche kam. Daraus entwickelte sich ein besonderes System des Schlangestehens. Die Leute stellten ihre leeren Flaschen in eine Reihe und einer übernahm die Bewachung. Später wurde sogar ein Nachtwächter engagiert, der gegen eine Gebühr von zwei Lei pro Nacht und Flasche dafür sorgte, daß Flaschen und Wartplätze nicht durcheinander kamen. Bei 60 und mehr Flaschen machte der Nachtwächter ein gutes Geschäft.

Ei des Columbus

Dieser sonderbare Zustand fand ein Ende, als man sich "von oben her" entschloß, Verbesserungsmaßnahmen zu ergreifen und den Bedürfnissen der Gasverbraucher endlich gerecht zu werden. Die Flaschen sollten von einem LKW zugestellt werden. Bis ins Haus, allerdings gegen eine

Gebühr von drei Lei. Rechnete man die Nachtwächtergebühr und den Zeitverlust zusammen, so waren drei Lei durchaus angemessen. Aber: man konnte keinen LKW auftreiben und so mußte ein neuer Verbesserungsvorschlag gemacht werden. Man beschloß, Verteilungsstellen in allen Stadtteilen einzurichten und feste Tage für die Verteilung einzuführen. Auch dazu brauchte man einen LKW und diesen hat man sich angeblich inzwischen beschafft. Allerdings soll bis auf weiteres erst ausprobiert werden, wie die einzelnen Verteilungsstellen in den Stadtbezirken einzurichten wären. Und auch die Verteilungstage.

Mundfunk: "Das Auto kommt"

Zu diesem Zeitpunkt setzte in Reschitza das ein, was inzwischen als "Gespensterspiel von Reschitza" im ganzen Banat bekanntgeworden ist und allmählich in ganz Rumänien Heiterkeit erregt hat. Für die Bekanntgabe der Transportrouten der Gasflaschen und ihrer Ausgabestellen (wie beim weiland Milchwagen auf freier Straße) bedienen sich die Interessenten des Mundfunks. "Das Auto kommt", heißt es plötzlich in einem Stadtviertel und dann stürzen die Menschen mit ihren leeren Flaschen in die angegebene Straße. Wenn sie in Scharen ankommen, ist von einem Auto weit und breit nichts zu sehen. Weiß dann jemand zu berichten (und sei es nur ein Spaßvogel): "Das Auto steht da drüben um die Ecke", so setzen sich alle wieder in Bewegung und dann ist wieder nichts. Was bleibt, ist der Gang zur alten Verteilungsstelle, sind Auseinandersetzungen und Krach, denn die Gasherde können ja mit keinem anderen Brennstoff in Betrieb gesetzt werden.

"In der heutigen modernen Zeit"

Die für die Zustellung von Aragas verantwortlichen Stellen sind jetzt in Reschitza aufgefordert worden, sich "zu einer besseren Organisierung ihrer Tätigkeit aufzuraffen." Man müsse "endlich" die Verteilungsstellen und die Verteilungstage genau festsetzen und sie jedem Interessenten auch mitteilen. Das sei "in der heutigen modernen Zeit" auch in Reschitza zu schaffen. Vorsichtshalber wird diesen Forderungen hinzugefügt, daß diese Bestimmungen auch genau einzuhalten seien, damit nicht von neuem "Unklarheiten" geschaffen werden. Es dürfte somit noch eine Weile dauern, bis das "Gespensterspiel von Reschitza" endgültig der Vergangenheit angehört.